

Der Ordnungspolitische Kommentar

Nr. 07/2012

03. Juli 2012

Die Krise ruft nicht nach mehr Politik, sondern nach härterer Regelbindung

Steffen J. Roth

Die von vielen besorgt gestellte Frage „Gilt das Primat der Politik oder regieren die Märkte?“ kann man kurz beantworten: Die Märkte regieren nie, sie reagieren. Die Politik setzt die Regeln und Grenzen, die das Marktgeschehen bestimmen, die Marktteilnehmer passen ihre Verhaltensweisen den Bedingungen an. Dennoch muss die Politik ihrerseits Sachzwänge berücksichtigen. Demokratie bedeutet nicht, dass der Wahlsieger die Macht hat, Menschen mit geringem Einkommen Häuser zu verschaffen, schlecht wirtschaftende Banken vor der Pleite zu retten oder unsolide Staatsfinanzen wuchern zu lassen, ohne dass irgendjemand dafür früher oder später die Rechnung begleichen muss. Wer das Primat der Politik verletzt sieht, weil man in einer von Knappheit geprägten Welt nicht nur entscheiden kann, was man erreichen möchte, sondern auch entscheiden muss, worauf man dann verzichtet, leidet an Größenwahn. Der Druck, den die Märkte entfalten, um Sachzwängen Rechnung zu tragen, verletzt das Primat der Politik ebenso wenig wie das schlechte Wetter. Natürlich übertreiben die Märkte. In der aktuellen Krise scheint es bedauerlich, dass die Märkte so spät reagiert haben und in ihrem Vertrauen auf die Politik immer wieder so sehr übertreiben. Aber auch dies ist Resultat der durch die Politik gesetzten oder außer Kraft gesetzten Regeln. Welcher Anleger und Investor weiß schon genau, wie lange und wie unbelehrbar Politiker mit dem Geld zukünftiger Steuerzahler gegen Sachzwänge wetten.

Vor diesem Hintergrund ist es durchaus bemerkenswert, dass der Großteil der Öffentlichkeit nicht etwa erzürnt fordert, der Politik die diskretionären Handlungsspielräume zu nehmen und also die Spielzeuge wegzusperren, mit dem politische Akteure gefährlichen Unsinn gemacht haben. Nachdem sich unabhängige Institutionen als zu schwach und Regeln mit Verfassungsrang als zu beliebig herausgestellt haben, werden Ökonomen nicht etwa aufgefordert, nach Möglichkeiten einer Zähmung des Leviathans durch selbstdurchsetzende Regeln und institutionelle Vorkehrungen zu suchen. Im Gegenteil.

Nun glauben einige Politiker (vor allem in Deutschland), die im nationalen Kontext aus dem Ruder laufende Politik werde in einem größeren Maßstab das ersehnte Heil bringen. Wie vergangene Woche erneut bewiesen, ist man

Zur **Jenaer Allianz** gehören zurzeit die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, der Bund katholischer Unternehmer, Econwatch Berlin, die Familienunternehmer - ASU, das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft, das Liberale Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, das Walter-Eucken-Institut Freiburg und das Wilhelm-Röpke Institut Erfurt: www.jenaerallianz.de

Die Autoren des am 22. Juni 2012 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienenen Textes haben höchst unterschiedliche Hintergründe und in Detailfragen auch unterschiedliche Ansichten. Es handelt sich bei dem Text nicht um ein impulsiv mit heißer Feder verfasstes Papier, von einer Person formuliert und anderen unkritisch unterzeichnet. Der Frankfurter Aufruf erschien nach ausgiebigen Debatten und viel Arbeit am Text. Das Resultat gewinnt durch die harten und langen Auseinandersetzungen an Gewicht und Bedeutung: Der hier vorgetragene Appell wird von allen unterzeichnenden Personen tatsächlich getragen und ist überaus ernst gemeint. Einzelne würden noch weitaus klarere Worte finden.

Sie finden den mehr als doppelt so langen Original-Text des „Frankfurter Aufrufs für eine ordnungspolitische Weichenstellung in Europa: Wirtschaftsverfassung nicht Wirtschaftsregierung“ auf den Homepages der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Mitgliedsinstitute, z. B. unter: <http://www.iwp.uni-koeln.de/FrankfurterAufruf.pdf>

nicht nur entgegen aller übertrieben starken Rhetorik („solange ich lebe!“) durchaus bereit, eine Haftungsunion einzugehen. Ein Teil von ihnen hält es sogar für die wünschenswerte Perspektive, immer weitere Regelungskompetenzen abzugeben. ESM und Wirtschaftsregierung heute, der große umfassende Bundesstaat morgen.

Die Jenaer Allianz, ein loses Bündnis ordnungspolitisch geprägter Institutionen und Stiftungen hat am 22. Juni 2012 den „**Frankfurter Aufruf für eine ordnungspolitische Weichenstellung in Europa**“ veröffentlicht, aus dem die im Folgenden wiedergegebenen, stark gekürzten Ausschnitte entnommen sind:

Wirtschaftsverfassung statt Wirtschaftsregierung

Die aktuelle Staatsschuldenkrise der Euro-Zone lässt sich als Folge einer Verletzung zentraler „konstituierender Prinzipien“ der Ordnungspolitik beschreiben. Konkret geht es vor allem um die Prinzipien der Geldwertstabil-

tät, der Haftung und Verlässlichkeit. Brisant ist vor allem die Auflösung der Verknüpfung von Privateigentum, Vertragsfreiheit und Haftung. Wer an Kapitalmärkten investiert, muss das Risiko des Wertverlusts tragen.

Die Währungsunion litt von Anfang an an zwei wesentlichen Konstruktionsfehlern. Der eine bestand in der Aufnahme auch solcher Mitgliedsstaaten, die nicht die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllten, der andere bestand in einem wenig glaubwürdigen Ordnungsrahmen. Der erste Fehler ist kaum mehr zu korrigieren: Während es zu leicht war, der Euro-Zone beizutreten, ist es jetzt zu schwer geworden, die Euro-Zone ohne erhebliche Kosten und Nebenwirkungen wieder zu verlassen.

Der zweite Konstruktionsfehler kann und muss dringend korrigiert werden. Die Politik muss sich glaubhaft auf Maßnahmen zu Defizitausgleich und Schuldenabbau verpflichten. Das Aufspannen immer größerer und auf Dauer gestellter „Rettungsschirme“, die Einführung von Eurobonds oder der umfassende Kauf von Staatsanleihen durch die EZB schaffen keine Anreize zur Defizitreduktion. Die Verwässerung der Haftung von Mitgliedstaaten für ihre Schulden ohne die Einführung glaubhafter, strikt durchgesetzter Regeln für ihre Finanzpolitik schafft im Gegenteil Anreize, Budgetdefizite nicht abzubauen.

Solide Haushaltspolitik darf und kann aber auf Dauer nicht Ergebnis machtpolitischen Aushandelns zwischen Schuldner und Gläubigern sein. Solide Haushaltspolitik muss durch allgemeine Regeln erzwungen werden.

Die vertragsgemäße Aufgabe der EZB ist ausschließlich geldpolitischer Natur. Sie ist allein der Geldwertstabilität verpflichtet. Vor allem mit dem Ankauf notleidender Staatspapiere auf dem Sekundärmarkt verstößt sie gegen den Geist des Europäischen Rechts, der die Monetisierung von Staatsschulden eindeutig verbietet.

Die Euro-Staaten gewähren Kredite an die Schuldnerstaaten und kaufen damit Zeit. Sie hoffen, dass diese Staaten in der Zwischenzeit ihre finanziellen und strukturellen Probleme lösen können. Es ist indes sehr fraglich, ob eine ständige Erhöhung der „Brandmauern“ (EFSF & ESM) diesem Ziel tatsächlich dient. Ein Ausscheiden von Mitgliedsstaaten darf nicht ausgeschlossen werden, wenn dies für die betroffenen Länder entlastend wirkt. Länder, die dauerhaft auf Transfers angewiesen sind, werden es eines Tages leid sein, ständig bevormundet zu werden und dafür auch noch dankbar sein zu müssen.

Schon lange vor Einführung des Euro wurde intensiv darüber debattiert, ob eine Währungsunion gelingen könne, ohne ihr eine politische Union voran oder doch wenigstens

zur Seite zu stellen. Eine politische Union („Fiskalunion“, „Vereinigte Staaten Europas“) galt aber als nicht konsensfähig. Heute ist die Euro-Zone deutlich divergenanter als zu Beginn. Doch jetzt wird die Angst vor dem Auseinanderdriften der Euro-Zone zum „Motor“ einer Integration erkoren, die bis heute nicht konsensfähig ist.

Erörtert werden eine zentralisierte oder zumindest harmonisierte Steuer- und Ausgabenpolitik, Vorgaben für Renteneintrittsalter und Lohnstückkosten in den beteiligten Ländern und anderes mehr. Eine solche „One-size-fits-all“-Strategie bildete bereits den Keim der gegenwärtigen Krise im Euro-Raum: ein Zinssatz und ein Wechselkurs sind nicht für alle Länder gleichermaßen geeignet. Das gleiche gilt für ein Steuersystem und ein Sozialmodell. Eine Zentralisierung oder Harmonisierung der Steuer- und Abgabenpolitik, der Sozialpolitik oder gar der (in Deutschland noch einigermaßen subsidiär entstaatlichten) Lohnfindungspolitik wäre fatal und zudem verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Für die Rettung der Währungsunion ist keine zentralistische EU-Wirtschaftsregierung notwendig, sondern eine Wirtschaftsverfassung im Sinne einer gemeinsamen regelgebundenen Politik.

Schon immer war es den Vertretern überregulierter Wohlfahrtsstaaten ein Bedürfnis, ihre kostenträchtige Wirtschaftspolitik zum europäischen „Standard“ zu machen und so ihre Nachteile im Standortwettbewerb zu neutralisieren. Das Motiv besteht oft darin, die Kosten der Konkurrenten zu erhöhen. Gerade Krisenländer brauchen aber Spielraum für demokratisch selbstverantwortete Reformen ihres Steuersystems oder ihrer Arbeitsmärkte. Eine Harmonisierung und Zentralisierung dieser Bereiche im Rahmen einer „Wirtschaftsregierung“ würde genau diesen Spielraum noch weiter verringern.

Die Mitglieder der Jenaer Allianz appellieren an die verantwortlichen Politiker, die Fehlentwicklungen sorgfältig in den Blick zu nehmen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Nicht wer mit begründeter Vorsicht vor der Einheitlichkeit europäischer Wirtschaftspolitik warnt, gefährdet die friedens- und freiheitssichernde Idee Europas, sondern vielmehr derjenige, der einmal eingeschlagene Wege selbst dann um jeden Preis verteidigt, wenn sich ihre Untauglichkeit längst erwiesen hat. Deshalb erinnern wir als überzeugte Streiter für ein Europa der Bürger in Frieden und Freiheit an die Devise der Europäischen Union: „Einheit in Vielfalt“. Ein großes Maß an Gestaltungsfreiheit, eingebettet in einen klaren Rechts- und Ordnungsrahmen muss die Basis einer europäischen Sozialen Marktwirtschaft sein.

8.314 Zeichen (9.829 Zeichen inkl. Kasten)

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik oder des Otto-Wolff-Instituts für Wirtschaftsordnung. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Steffen J. Roth ist Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Kontakt:
Tel: 0221-470 5348 oder E-Mail: steffen.roth@wiso.uni-koeln.de.